

Widerspruch zwischen der zunehmenden Konzentration politischer und ökonomischer Macht in den Händen der herrschenden Kreise des Monopolkapitals und der sich ständig verengenden Massenbasis für die Durchsetzung der innen- und außenpolitischen Ziele des westdeutschen Imperialismus. Hier tritt mit aller Deutlichkeit jener Widerspruch hervor, daß es seitens der herrschenden Kreise der Monopolbourgeoisie einerseits ein immer größer werdendes Erkenntnisinteresse im Hinblick auf bestimmte politische und soziale Probleme gibt, um sie besser steuern zu können, daß es andererseits aber im Interesse der Erhaltung der Herrschaft der Monopole zugleich immer notwendiger wird, die realen Gesellschaftsverhältnisse zu notifizieren, die Erkenntnis des Wesens der politischen, ökonomischen und anderen sozialen Prozesse durch eine umfassende geistige Manipulierung der Menschen zu behindern.

III

Für die Tatsache, daß die westdeutsche Regierung mit ihrer Politik trotz ständiger oder gelegentlicher Beratung durch eine Vielzahl von Wissenschaftlern keineswegs „in Gelehrsamkeit geradezu ertrinkt oder jedenfalls den Eindruck großer Weisheit vermittelt“ (Lohmar), führen westdeutsche Politologen und auch einige Politiker mehrere Gründe ins Feld. Zunächst wird immer wieder auf die Borniertheit der Politiker, auf ihr Mißtrauen gegenüber der Wissenschaft, auf die Furcht der Politiker vor Aufdeckung von „Betriebsgeheimnissen“ und auf die Tatsache verwiesen, daß der Politiker mit allen Mitteln — bis hin zur Demagogie und Korruption — darauf bedacht sein muß, „an der Macht“ zu bleiben. O. Nell-Breuning sagt dazu ganz offen: „Vor jeder anderen steht für den Politiker die Frage nach der *Macht*: Wie komme ich an die Macht, wie halte ich mich an der Macht? In der parlamentarischen Demokratie bedeutet das: Der Politiker steht beständig unter dem Zwang, an die nächste Wahl zu denken; um politisch wirken zu können, muß er, müssen seine Gesinnungsgenossen gewählt oder wiedergewählt werden.“²¹

Zum anderen werden ideologische Hemmnisse bei den Wissenschaftlern angeführt, die im Festhalten an der „Werturteilsfreiheit“ zum Ausdruck kommen.²² Es wird ferner auf Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, die aus den vorindustriellen Organisationsformen der Wissenschaft, dem überlebten Status und Kooperationsdenken sowie aus den Kommunikationsproblemen erwachsen, die in dem Kontaktbereich zwischen Wissenschaft und Staat bestehen. Diesen Mängeln in der „wissenschaftlichen Beratung der Politik“ stehen Forschungskosten gegenüber, die eine „politische Größenordnung“ erreicht haben. „Gerade die ... Entwicklung der Wissenschaften, die sie in die Zone der Anwendbarkeit im großen Stil hineinführt, läßt Umfang und Kosten

21 O. Nell-Breuning, „Wo liegen die Grenzen wissenschaftlicher Beratung?“, *Der Volkswirt*, 1967, H. 51/52, S. 2860

22 Bahrtdt wendet sich gegen diese Vorstellungen einer „liberalen Symbiose“ von Wissenschaft und Politik: „Das Ideal der Freiheit der Wissenschaft, wie es in vielen Köpfen der Wissenschaftler lebte, war im Grunde bereits ein Teil jenes verkümmerten, weil entpolitisierten bürgerlichen Bewußtseins, des Bewußtseins jener Bildungsschicht, die trotz elitären Anspruchs in Wahrheit zu einer domestizierbaren Experten-Mittelschicht abgesunken war“ (H. P. Bahrtdt, „Wissenschaft und Staat. Das Ende der liberalen Symbiose von Wissenschaft und Staat“, *Die Neue Gesellschaft*, 1962, H. 3, S. 184).